

Germany-Siegburg: Fire-alarm systems

OJ S 215/2013 06/11/2013

Contract notice

Works

Directive 2004/18/EC

Section I: Contracting authority

I.1. Name and addresses

Official name: Stadtbetriebe Siegburg AöR

Postal address: Nogenter Platz 10

Town: Siegburg

Postal code: 53271

Country: Germany

Contact person: Stadtbetriebe Siegburg AöR

For the attention of: Herrn Christoph Schwamborn

Telephone: +49 224117870

Fax: +49 2241590559

Internet address(es):General address of the contracting authority: <http://www.stadtbetriebe-siegburg.de>**Additional information can be obtained from:**

the abovementioned address

Specifications and additional documents (including documents for competitive dialogue and a dynamic purchasing system) can be obtained from:

the abovementioned address

Tenders or requests to participate must be submitted: the abovementioned address**I.2. Type of the contracting authority**

Body governed by public law

I.3. Main activity

Housing and community amenities

I.4. Contract award on behalf of other contracting authorities

The contracting authority is purchasing on behalf of other contracting authorities: no

Section II: Object of the contract

II.1. Description**II.1.1. Title attributed to the contract by the contracting authority**

Lieferung und Montage einer Brandmeldeanlage für den Neubau Seniorenzentrum Siegburg.

II.1.2. Type of contract and place of performance or delivery

Works

Main site or place of performance: Siegburg.

NUTS code DEA2C Rhein-Sieg-Kreis

II.1.3. Information about a framework agreement or a dynamic purchasing system

The notice involves a public contract

II.1.4. Information about framework agreement

II.1.5. Short description of the contract or purchase(s)

Die Stadtbetriebe Siegburg AöR, Nogenter Platz 10, 53721 Siegburg beabsichtigen auf ihrem Grundstück Heinrichstrasse in 53721 Siegburg den Neubau eines Seniorenzentrums mit vollstationärer Pflege für 80 Bewohner auf 2 Geschossen und 11 Appartement-Wohnungen und den Neubau einer Kindertagesstätte durchzuführen. Der geplante Seniorenzentrum-Neubau besteht aus einem Erd- und zwei Obergeschossen sowie zwei Staffelgeschossen. Das Gebäude ist teilunterkellert und erhält ein Flachdach in verschiedenen Dachebenen. Der geplante Kita-Neubau besteht aus einem Untergrund und Erdgeschoss. Die Gebäude werden mit einer flächendeckenden Brandmelde- und Sicherheitsbeleuchtungsanlage ausgestattet. Dabei sind für die Leistungsausführung im wesentlichen Produkte der Firma Esser anzubieten. Die Verkabelungen für die Schwachstromanlagen wie Video-, Sprech-, Lichtruf-, Antennen-, Telefon- und Brandmeldeanlage erfolgen durch die Elektrofirma. Jedes Gebäude erhält eine Brandmeldezentrale, die über eine LWL-Leitung verbunden sind. Anlaufstelle der Feuerwehr ist die Hauptzentrale im Seniorenhaus. Die Installationen erfolgen zu einem großen Teil in Leerrohren (Betonleerrohre). Teilweise erfolgt die Kabel- und Leitungsinstallation in Leerrohren, UP, über Rohboden oder in Ständerwerkswänden. Abgehängte Decken sind nur in Teilbereichen vorgesehen. Für die gesamte Maßnahme ist die Leitungsanlagen-Verordnung in der neuesten Fassung unbedingt zu beachten. Die Brandschutzanforderungen sind gemäß Brandschutzkonzept in Bezug auf Brandabschnitte, Wohnungstrennwände und Fluchtwege unabdinglich einzuhalten.

II.1.6. CPV code(s)

31625200 Fire-alarm systems

II.1.7. Information about the Government Procurement Agreement (GPA)

The procurement is covered by the Government Procurement Agreement: yes

II.1.8. Lots

This contract is divided into lots: no

II.1.9. Information about variants

Variants will be accepted: no

II.2. Scope of the procurement

II.2.1. Total quantity or scope

Brandmeldeanlage für das unter Ziffer II.1.5) beschriebene Gebäude.

II.2.2. Information about options

Options: no

II.2.3. Information about renewals

This contract is subject to renewal: no

II.3. Duration of the contract or time limit for completion

Start 20.1.2014. Completion 21.3.2014

Section III: Legal, economic, financial and technical information

III.1. Conditions related to the contract

III.1.1. Deposits and guarantees required

Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung in Höhe von 10 vom Hundert der Nettoauftragssumme wahlweise durch Einbehalt, Hinterlegung von Geld oder durch eine Bürgschaft nach Ziffer 5 der Besonderen Vertragsbedingungen, Formblatt 214 der Vergabeunterlagen.

Sicherheitsleistung für Mängelansprüche in Höhe von 5 vom Hundert der Nettoauftragssumme wahlweise durch Einbehalt, durch Hinterlegung von Geld oder durch eine Bürgschaft nach Ziffer 5 der Besonderen Vertragsbedingungen, Formblatt 214 der Vergabeunterlagen.

III.1.2. Main financing conditions and payment arrangements and/or reference to the relevant provisions governing them

Zahlung nach § 16 VOB/B und Ziffer 4 der Besonderen Vertragsbedingungen Formblatt 214 der Vergabeunterlagen, Abschlagszahlungen auf Antrag; siehe auch Ziffern 12 und 13 der Zusätzlichen Vertragsbedingungen, Formblatt 215 der Vergabeunterlagen.

III.1.3. Legal form to be taken by the group of economic operators to whom the contract is to be awarded

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

III.1.4. Contract performance conditions

The performance of the contract is subject to particular conditions: no

III.2. Conditions for participation

III.2.1. Suitability to pursue the professional activity, including requirements relating to enrolment on professional or trade registers

List and brief description of conditions: Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) in den Vergabeunterlagen nachzuweisen. Dies gilt im Falle von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im Formblatt 124 der Vergabeunterlagen angegebenen und nachstehend aufgeführten Bescheinigungen innerhalb von sechs Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis für das andere Unternehmen oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 der Vergabeunterlagen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bereits mit dem Angebot vorzulegen sind für jedes andere Unternehmen, auf dessen Fähigkeiten sich der Bieter zur Erfüllung seines Auftrages beruft, die Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen nach Formblatt 236 der Vergabeunterlagen.

Die nachstehend aufgeführten Verpflichtungserklärungen zu §§ 4, 18 und 19 TVgG-NRW in Anlagen 1, 2 und 3 zum Formblatt 124 der Vergabeunterlagen sind von präqualifizierten und nicht präqualifizierten Bietern sowie von den Unternehmen, auf deren Fähigkeiten sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages beruft, ebenfalls mit dem Angebot einzureichen.

Präqualifizierte Bieter müssen die Verpflichtungserklärung nach § 4 TVgG-NRW allerdings nicht einreichen, wenn sie diese Erklärung bereits im Wege der Präqualifizierung als freiwillige Erklärung erbracht haben. Dasselbe gilt für Nachunternehmer oder Verleiher von Arbeitskräften, die präqualifiziert sind und die Erklärung nach § 4 TVgG-NRW im Wege der Präqualifizierung bereits freiwillig erbracht haben.

Die persönliche Lage des Bieters betreffen folgende abzugebende Erklärungen:

— Erklärung des Bieters/Unternehmens über die Eintragung in das Handelsregister des Sitzes

oder Wohnsitzes oder Erklärung, dass eine Pflicht zur Eintragung in das Handelsregister nicht besteht. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, hat der Bieter/das Unternehmen zur Bestätigung der Erklärung eine Gewerbebeanmeldung oder einen Handelsregistrauszug oder eine Eintragung in die Handwerksrolle oder bei der Industrie- und Handelskammer vorzulegen.

— Erklärung darüber, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen nicht in Liquidation befindet oder aber ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde und auf Verlangen vorgelegt wird.

— Erklärung, dass keine schwere Verfehlung vorliegt, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt, z. B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten 2 Jahre gegen Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung (§ 129 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), Vorteilsghwährung (§ 333 StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhang mit Insolvenzverfahren (§§ 283ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

— Erklärung darüber, dass das Unternehmen in den letzten 2 Jahren nicht gemäß § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 i. V. m. § 8 Abs. 1 Nr. 2, §§ 9 bis 11 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes, § 404 Abs. 1 oder 2 Nr. 3 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch, §§ 15, 15a, 16 Abs. 1 Nr. 1, 1b oder 2 des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes, § 266a Abs. 1 bis 4 des Strafgesetzbuches mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 EUR belegt worden ist oder gemäß § 21 Abs. 1 i. V. m. § 23 des Arbeitnehmerentsendegesetzes mit einer Geldbuße von wenigstens 2 500 EUR belegt worden ist.

Der Auftraggeber wird für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregistrauszug gemäß § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz fordern. Dasselbe gilt für

Nachunternehmer und Verleiher von Arbeitskräften im Sinne des § 16 Abs. 5 TVgG-NRW.

— Erklärung darüber, dass die Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt wurde/wird. Erklärung darüber, dass falls das Angebot in die engere Wahl kommt, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorgelegt wird. Sollen bei der Ausführung des Auftrages Leiharbeiter beschäftigt werden, hat der Bieter für den Verleiher von Arbeitskräften auf Verlangen die vorgenannte Erklärung über die Erfüllung der Verpflichtung zur Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge und auf weiteres Verlangen eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse und eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes einzureichen.

— Erklärung über die Mitgliedschaft in einer Berufsgenossenschaft und darüber, dass falls das Angebot in die engere Wahl kommt, der Bieter eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für ihn zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegt.

— Verpflichtungserklärung gemäß § 4 TVgG-NRW. Die Erklärung ist in den

Vergabeunterlagen als Anlage 1 zu Formblatt 124 enthalten.

Die Verpflichtungserklärung ist ebenfalls von zur Auftragsausführung eingesetzten Nachunternehmern und/oder Verleihern von Arbeitskräften abzugeben. Soweit die Nachunternehmer und/oder Verleiher von Arbeitskräften bereits vor Abgabe des Angebotes bekannt sind, sind die Verpflichtungserklärungen nach § 4 TVgG-NRW auch für diese mit dem Angebot einzureichen.

— Verpflichtungserklärung gemäß § 18 TVgG-NRW. Die Erklärung ist in den Vergabeunterlagen als Anlage 2 zu Formblatt 124 enthalten.

— Verpflichtungserklärung nach § 19 TVgG-NRW. Die Erklärung ist in den Vergabeunterlagen als Anlage 3 zu Formblatt 124 enthalten.

III.2.2. Economic and financial ability

List and brief description of conditions: Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) in den Vergabeunterlagen nachzuweisen. Dies gilt im Falle von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im Formblatt 124 der Vergabeunterlagen angegebenen und nachstehend aufgeführten Bescheinigungen innerhalb von sechs Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis für das andere Unternehmen oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 der Vergabeunterlagen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bereits mit dem Angebot vorzulegen sind für jedes andere Unternehmen, auf dessen Fähigkeiten sich der Bieter zur Erfüllung seines Auftrages beruft, die Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen nach Formblatt 236 der Vergabeunterlagen. Die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit ist wie folgt nachzuweisen:

— Erklärung des Bieters über den Umsatz des Unternehmens in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen. Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, hat der Bieter eine Bestätigung eines vereidigten Wirtschaftsprüfers /Steuerberaters oder entsprechend testierte Jahresabschlüsse oder entsprechend testierte Gewinn- und Verlustrechnungen vorzulegen.

III.2.3. Technical and professional ability

List and brief description of conditions:

Die Eignung ist durch Eintragung in die Liste des Vereins für Präqualifikation von Bauunternehmen e. V. (Präqualifikationsverzeichnis) oder Eigenerklärungen gemäß Formblatt 124 (Eigenerklärungen zur Eignung) in den Vergabeunterlagen nachzuweisen. Dies gilt im Falle von Bietergemeinschaften für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft. Gelangt das Angebot eines nicht präqualifizierten Bieters in die engere Wahl, sind die im Formblatt 124 der Vergabeunterlagen angegebenen und nachstehend aufgeführten Bescheinigungen innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen.

Beruft sich der Bieter zur Erfüllung des Auftrages auf die Fähigkeiten anderer Unternehmen, ist die jeweilige Nummer im Präqualifikationsverzeichnis für das andere Unternehmen oder es sind die Erklärungen und Bescheinigungen gemäß dem Formblatt 124 der Vergabeunterlagen auch für diese anderen Unternehmen auf Verlangen vorzulegen. Bereits mit dem Angebot vorzulegen sind für jedes andere Unternehmen, auf dessen Fähigkeiten sich der Bieter zur

Erfüllung seines Auftrages beruft, die Verpflichtungserklärungen anderer Unternehmen nach Formblatt 236 EG der Vergabeunterlagen. Weiterhin ist von jedem präqualifizierten und nicht präqualifizierten Bieter beziehungsweise von jedem Unternehmen, auf dessen technische Leistungsfähigkeit sich der Bieter beruft, das nachfolgend aufgeführte Zertifikat nach DIN 14675 oder ein gleichwertiges Zertifikat vorzulegen. Den Nachweis der technischen Leistungsfähigkeit betreffen folgende abzugebenden Erklärungen des Bieters:

- Erklärung des Bieters darüber, dass in den letzten 3 Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt wurden und für den Fall, dass das Angebot in die engere Wahl kommt, zu 3 Referenzen Referenzbescheinigungen mit folgenden Mindestangaben vorgelegt werden: Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschließlich Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung,
- Erklärung des Bieters über die für die Ausführung der Leistungen zur Verfügung stehenden, erforderlichen Arbeitskräfte und Erklärung darüber, dass falls das Angebot in die engere Wahl gelangt, der Bieter die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angibt.
- Nachweis einer Zertifizierung des Bieters als Fachfirma im Sinne der DIN 14675 oder gleichwertiger Nachweis.

III.2.4. Information about reserved contracts

III.3. Conditions specific to services contracts

III.3.1. Information about a particular profession

III.3.2. Information about staff responsible for the performance of the contract

Section IV: Procedure

IV.1. Type of procedure

IV.1.1. Type of procedure

Open

IV.1.2. Information about the limits on the number of candidates to be invited

IV.1.3. Information about reduction of the number of solutions or tenders during negotiation or dialogue

IV.2. Award criteria

IV.2.1. Award criteria

Lowest price

IV.2.2. Information about electronic auction

An electronic auction will be used: no

IV.3. Administrative information

IV.3.1. File reference number attributed by the contracting authority

IV.3.2. Previous publication concerning this procedure

no

IV.3.3. Conditions for obtaining specifications and additional documents or descriptive document

Time limit for receipt of requests for documents or for accessing documents: 13.12.2013 - 12:00

Payable documents: yes

Price: 20,00 EUR

Terms and method of payment: Mit der Anforderung der Vergabeunterlagen ist der Betrag von 20,00 EUR auf das nachstehend genannte Konto zu überweisen. Die Kosten werden nicht erstattet. Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Die Bankverbindung lautet wie folgt:

Konto-Nr.: 1 018 389.

Bankleitzahl: 370 502 99.

Bankinstitut: Kreissparkasse Köln.

IBAN: DE83370502990001018389

BIC: COKSDE33XXX.

Betreff: „Unterlagen Ausschreibung Brandmeldeanlage Seniorenzentrum“.

IV.3.4. Time limit for receipt of tenders or requests to participate

20.12.2013 - 12:00

IV.3.5. Estimated date of dispatch of invitations to tender or to participate to selected candidates

IV.3.6. Languages in which tenders or requests to participate may be submitted

German.

IV.3.7. Minimum time frame during which the tenderer must maintain the tender

until: 14.2.2014

IV.3.8. Conditions for opening of tenders

Date: 20.12.2013 - 12:00

Place:

Stadtbetriebe Siegburg AöR, Nogenter Platz 10 (Rathaus), 3. Stock, in 53271 Siegburg.

Persons authorised to be present at the opening of tenders: yes

Information about authorised persons and opening procedure: Bieterinnen und Bieter sowie ihre Bevollmächtigten. Bevollmächtigte Personen müssen einen schriftlichen Nachweis über ihre Bevollmächtigung vorzeigen.

Section VI: Complementary information

VI.1. Information about recurrence

This is a recurrent procurement: no

VI.2. Information about European Union funds

The procurement is related to a project and/or programme financed by European Union funds:
no

VI.3. Additional information

- 1.) Die Vergabeunterlagen sind bei der unter Ziffer I.1) angegebenen Stelle abzufordern.
- 2.) Für die Ausführung der Leistungen gelten die Bestimmungen der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen (VOB) Teil B – Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen, Ausgabe 2012.
- 3.) Eventuelle Rückfragen richten Sie bitte ausschließlich schriftlich an die unter Ziffer I.1) genannte Kontaktstelle.
- 4.) Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise und wird das Angebot nicht entsprechend § 16 EG Abs. 1 Nr. 1 und 2 VOB/A ausgeschlossen, verlangt der Auftraggeber die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach. Diese sind spätestens innerhalb von 6 Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, ist das Angebot auszuschließen.
- 5.) Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot eine von allen Mitgliedern unterzeichnete Erklärung abzugeben, in der
 - erklärt wird, dass im Falle der Auftragserteilung die Leistungen als Arbeitsgemeinschaft gesamtschuldnerisch ausgeführt werden,
 - ein bevollmächtigter Vertreter benannt wird und
 - erklärt wird, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt.

VI.4. Procedures for review

VI.4.1. Review body

Official name: Vergabekammer bei der Bezirksregierung Köln
Postal address: Zeughausstraße 2-10
Town: Köln
Postal code: 50667
Country: Germany
E-mail: vergabekammer@bezreg-koeln.nrw.de
Telephone: +49 2211473116
Fax: +49 2211472889

VI.4.2. Review procedure

Precise information on deadline(s) for review procedures: Nach § 101b Abs. 2 GWB endet die Frist, mit der die Unwirksamkeit eines Vertrages mit einem Nachprüfungsverfahren geltend gemacht werden kann, 30 Kalendertage ab Kenntnis des Verstoßes, der zur Unwirksamkeit des Vertrages führt, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluß oder im Falle der Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union 30 Kalendertage nach dieser Veröffentlichung.

Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 bis 4 GWB ist ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens unzulässig, soweit

- der Antragsteller den gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften im Vergabeverfahren erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht unverzüglich gerügt hat,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden,
- Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind,

nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, — mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3. Service from which information about the review procedure may be obtained

VI.5. Date of dispatch of this notice

4.11.2013